

# Die Entwicklung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten in einer demokratischen Gemeinschaft

---

## Teilhabeprozesse von Kindern und Jugendlichen in politisch herausfordernden Zeiten stärken

Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung



**Schwerpunkt**

Ein offizielles Treffen war nicht geplant: Und doch begegneten sich Greta Thunberg und Donald Trump während des diesjährigen UN-Klimagipfels in New York. Wobei die Frage ist, ob „begegnen“ der richtige Ausdruck ist: US-Präsident Trump nahm keinerlei Notiz von der Aktivistin, ging wort- und blicklos an ihr vorbei, während Thunberg ihm nicht gerade wohlwollend hinterherblickte. Der Moment ging durchs Netz – er steht symbolisch für so Vieles. Unter anderem für die Ignoranz einiger Politikerinnen und Politiker gegenüber einer Jugend, die mit konkreten politischen Forderungen an sie herantritt und sie zum Handeln auffordert. Aber auch ganz grundsätzlich für Erwachsene, die auf „die Jugend“ herabblicken. Allzu oft wurde Greta Thunberg schon als „Göre“ bezeichnet. Ein Begriff, der für Kinder, vor allem für Mädchen, die sich nicht benehmen können, verwendet wird. Damit deutet er durchaus auf ein hierarchisches Denken hin, das den Stimmen Jugendlicher scheinbar weniger Wert beimisst. Das ist nicht nur ein fatales Signal, was gesendet wird, sondern insofern auch absurd, als Jugendlichen immer wieder der Vorwurf gemacht wird, unpolitisch zu sein.

Immer mehr junge Menschen verstehen sich als souveräne Subjekte, die erwarten, dass ihrer Person und ihren Anliegen Respekt und Ernsthaftigkeit entgegengebracht wird. Laut des Opaschowski-Instituts für Zukunftsforschung wünschen sich Jugendliche bei unterschiedlichen gesellschaftlichen Fragen mehr Mitspracherecht – die Aktionen der *Fridays for Future*-Bewegung sind dafür derzeit der wohl sichtbarste und lebhafteste Ausdruck. In ihnen wird der klassische Dreiklang der politischen Bildung sichtbar: Wissen vermitteln, Urteilsbildung ermöglichen, zur Mitwirkung anregen.

### **Demokratie reproduziert sich nicht selbstständig**

Demokratie ist ein Aushandlungsprozess, der kommunikativ geführt werden muss und sich nicht automatisch reproduziert. Demokratie ist kein Erbgut, das sich naturgesetzlich auf die nächste Generation überträgt und von ihr weiter gepflegt wird, sondern muss stets neu verhandelt und erarbeitet werden. Grundlage hierfür kann der Habermassche Begriff der deliberativen Demokratie sein: Dieses Demokratiemodell legt

großen Wert auf eine verständnisorientierte wie geregelte Kommunikation von demokratischen Entscheidungen. Deliberation meint in diesem Kontext die Beratschlagung und den Austausch von Informationen und Argumenten, um – unter Beteiligung möglichst vieler Akteure – Konsens zu erzielen. Die deliberative Demokratie stützt dabei nicht nur das gesellschaftliche Verständnis, indem der Informationsgrad politischer Entscheidungen gesteigert wird, sondern agiert gleichzeitig als moralischer Filter. Nach Habermas führt diese Form der Demokratie zu vernünftigen wie fairen Resultaten, die auch in der Bevölkerung legitimiert werden. Aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger eines Staates ist hierbei Grundvoraussetzung. Beispielsweise mittels Demonstrationen kann die Zivilgesellschaft durch Präsenz im öffentlichen Raum ihre Argumente verstärken und sie auf die Agenda des politischen Betriebs setzen, wie *Fridays for Future* gerade eindrucksvoll unter Beweis stellt.

Es besteht jedoch die Gefahr, dass im extremen Fall – die Demonstrationen vor zwei Jahren im Rahmen des G20-Gipfels in Hamburg seien dafür als Beispiel genannt – Gewaltbereitschaft gegen Polizei, Kapital oder staatliche Institutionen die per se legitimen Argumente unterwandert. Ein Anstieg von Gewalt gegenüber Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ist jährlich zu berichten, in Berlin können seit 2017 tätliche Übergriffe gegenüber Polizistinnen und Polizisten mit einer Gefängnisstrafe geahndet werden. Aber auch an dieser Stelle kann kommunikatives Handeln eine Abwehrstrategie für aufkeimende Konflikte bedeuten, für den Dialog zwischen Akteuren der Zivilgesellschaft, die im öffentlichen Raum ihre politischen Forderungen unterstreichen, und der Polizei.

Häufig heißt es zudem in den letzten Jahren, dass die Polarisierung von politischen Auseinandersetzungen signifikant zugenommen habe. Neben die Horizontale von ideologischen Bedeutungen tritt eine Vertikale der Kulturalisierung, die an Dominanz gewinnt und breit diskutiert wird. Die Kulturalisierung des Sozialen hat in ihrer kulturessentialistischen Spielart die überraschende Folge, dass das Feld der Kulturpolitik aufgewertet und von der Rechten auf das ideologische Schlachtfeld geführt wird. Folge dessen ist eine Form eines neuen „Kulturkampfes“ zwischen gegenüberstehenden Gesellschaftsgruppen, der auf dem Feld der Identitätspolitik ausgetragen wird. Dies ist besonders in einer „Gesellschaft

der Singularitäten“, wie der Soziologe Andreas Reckwitz das Phänomen bezeichnet, erkennbar. Früher in den 1970er, so Reckwitz sinngemäß, wollten alle einen VW, einen Fernseher und eine Waschmaschine. Heute geht es um die richtige Schule für das eigene Kind, die außergewöhnliche Ferienreise jenseits des Massentourismus und den ultimativen Geheimtipp für ein veganes Restaurant. Diesen, nur an ihre Besonderheiten denkenden Hyperindividualisten, stehen zunehmend wütende Kulturessentialisten gegenüber, die, auf recht unterschiedliche Weise, Zusammenhalt und die Welt von gestern im Heute suchen. Dieser Diskurs ist gesellschaftlich spürbar und kann zumindest einen Teil der aktuellen gesellschaftlichen Dynamiken und Entwicklungen, die wir in letzter Zeit erlebt haben, erklären.

### **Emanzipation von Schülerinnen und Schülern**

Bei *Fridays for Future* ist der Schulerschluss der Protestierenden und weitere Teile der Wissenschaft, die sich mit dem Klimawandel beschäftigen, höchst interessant. Die Emanzipation der Schülerinnen und Schüler vom Umgang mit dem Problem der Erderwärmung durch die Politik und großer Teile der Gesellschaft vollzieht sich nicht etwa in einem rein impulsiven Akt der Rebellion, wie das bei anderen Protestbewegungen oft zu beobachten ist, sondern qua Aneignung komplexer Wissensbestände, die zudem durch die körperliche Präsenz der jungen Menschen in den öffentlichen Raum mit maximaler Aufmerksamkeit überführt werden. Die Botschaft dahinter: „Seht her, das ist unser Blick auf das Thema, das ist unser Wissen, auch wenn Ihr Politikerinnen und Politiker dem indifferent gegenübersteht.“ Interessant und neu ist auch (im Vergleich zu anderen Bewegungen, wo Aktivistinnen und Aktivisten oft im gleichen Milieu bleiben), dass laut dem Berliner Institut für Protest- und Bewegungsforschung durch die Verbreitung über den Schulhof weniger Segregation stattfindet und die üblichen Milieugrenzen umgangen werden. Auch sorgen die sozialen Netzwerke für Diversität.

Auch im Alltag, allen voran in den Schulen, zeigt sich immer wieder, dass Bildung ohne ein Mitspracherecht der Schülerinnen und Schüler oftmals wirkungslos bleibt. Sie sind gerade dann motiviert, wenn ihnen das Gefühl vermittelt wird, dass sie das Unterrichtsgeschehen aktiv mitbestimmen und ihre Meinungen sowohl angehört als auch konkret einbezogen werden. Bereits in

den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts proklamierte der amerikanische Pädagoge und Philosoph John Dewey die Demokratie als Lebensform und nicht nur als Regierungsform. Seine Ausführungen zielten besonders auf den Erfahrungsraum Schule, für ihn die „Keimzelle der Gesellschaft“ – Schule definierte er als den Ort, an dem Schülerinnen und Schüler lernen, sich zu organisieren und ihre Rechte sowie eigenen Interessen gegenüber anderen zu vertreten.

Und damit ist der Kern von politischer Bildung angesprochen. Politische Bildung ist keine Wissensvermittlung, es geht darum Wege aufzuzeigen, wie sich Menschen zu politisch denkenden, sprechenden und handelnden Persönlichkeiten entwickeln können. Im Sinne des Subjektansatzes gilt es, Menschen dazu zu befähigen, die eigene Position zu finden und für die eigenen Anliegen sprechfähig zu sein. Es müssen Lernprozesse organisiert werden, die an den Erfahrungen und den Interessen der Teilnehmenden orientiert sind und diese dazu einladen, ihre Lebensgeschichten und Standpunkte zu artikulieren und zu reflektieren. Politische Bildung stößt Bildungsprozesse offen an, und das bedeutet auch, dass am Ende ein Ergebnis stehen kann, das nicht der Intention der vermittelnden Person entspricht. Folglich müssen politische Bildungsprozesse auch Kontrollverluste zugunsten der jeweils eigenen Sprecher/-innen-Position der Kinder und Jugendlichen wagen, damit sich bei diesen ein Selbstverständnis als gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure entwickeln kann und ihnen Raum gegeben wird, ihre eigenen Ansichten zu teilen und Möglichkeiten der Reflexion vorzunehmen.

Die Hinwendung in die Lebenswelten der Menschen, die Erfahrung von Gestaltungsmacht und ihr Engagement kann Integrationskräfte freisetzen, die dem Gefühl von Orientierungs- und Machtlosigkeit entgegenwirken. Sie kann auch Ambiguitätstoleranz im Sinne eines friedlichen Miteinanders fördern und die Resilienz junger Menschen gegenüber Ansprachen aus der extremistischen Szene stärken.

### **Politische Bildung verfolgt eine klare Gestaltungslogik**

Durch wachsenden Extremismus ist es zu erhöhten Anforderungen an die politische Bildung gekommen, womit eine erforderliche Reflexion und Positionierung der Profession selbst einhergeht. So gilt es zu betonen, dass hinter den Logiken der

politischen Bildung weder eine Verbots- noch eine Verhinderungspädagogik steht, sondern ein eigenständiges pädagogisches Selbstverständnis. Politische Bildung darf sich nicht auf Prävention und die damit einhergehenden Logiken verengen lassen. Prävention gehört zu den zentralen politisch-pädagogischen und förderpolitischen Begriffen – auch um eine Stabilisierung der Demokratie zu erreichen. Im Rahmen von Präventionsarbeit werden „Bedarfe“ mit dem Versprechen festgestellt, künftigen Entwicklungen entgegenzuwirken bzw. diese zu vermeiden. Dennoch beinhaltet der Begriff der Prävention auch ein Stigmatisierungspotential, da eine Etikettierung bestimmter Teile der Gesellschaft stattfindet und dadurch die Idee der Ermöglichung verhindert wird, indem Türen nicht geöffnet, sondern verschlossen werden.

Auch wenn sich Prävention und politische Bildung nicht per se ausschließen, die entsprechende Haltung beeinflusst die Parameter der eigenen Arbeit: Maßnahmen zur individuellen Verhaltensprävention sind anders gestrickt als Maßnahmen, die auch gesellschaftliche Zustände im Blick haben. Zwar hat auch die politische Bildung sicherlich präventive Effekte, ist aber ein eigenständiges Bildungs- und Erfahrungsfeld mit einer klaren Gestaltungslogik. Der Erziehungswissenschaftler Kurt Möller fasst es wie folgt zusammen: „Während Prävention per definitionem einer Verhinderungslogik folgt, wird Demokratiebildung von einer Ermöglichungsbeziehungsweise Gestaltungslogik bestimmt. Geht es ersterer gleichsam aus der Defensive eines Bedrohungsszenarios heraus primär reaktiv um Vorbeugung und Vermeidung von Problemen, Gefährdungen und Gefahren, die als bedrohlich wahrgenommen und eingestuft werden, strebt letztere eher proaktiv und offensiv gewendet die Befähigung zum aktiven Erhalt und zur Fortentwicklung von demokratischen Verhältnissen an.“ Daher plädieren wir in der politischen Bildung auch dafür, keine Verschiebung hin zu einem „Sicherheitsdispositiv“ in der politischen Bildung stattfinden zu lassen. Sicherheitsbehörden haben ihre berechtigte Sichtweise auf die Wirklichkeit, auch qua ihrer Erfahrungen im Umgang mit extremistischen und antidemokratischen Einstellungen. Politische Bildung ist aber anders gelagert und steht „für“ etwas ein, weswegen die Logik der „Versicherheitlichung“ in dieser Profession nicht richtig aufgehoben ist. Dieses sicherheitspolitische Konzept der Extremismusprävention ist für

politische Bildung ungeeignet, um auf autoritäre, fundamentalistische wie identitäre Politikverständnisse zu reagieren. Daher müssen wir dafür arbeiten, dieses positive und nicht defizitorientierte Bild von Zielgruppen aufrecht zu erhalten.

Gemäß dem Beutelsbacher Konsens haben die Angebote der politischen Bildung nicht zum Ziel Adressatinnen und Adressaten zu indoktrinieren, denn auch der Oktroyierung und folglich der blinden Übernahme demokratischer Prinzipien haftet ein autoritärer Beigeschmack an, der mit dem emanzipatorischen Ideal der politischen Bildung nicht vereinbar ist. Gerade im Feld der Bekämpfung jeglicher Ausprägungen von Extremismus in unserer Gesellschaft ist der Ansatz der Prävention aus sicherheitsrelevanten Gesichtspunkten sicher legitim, um ideologisch-dogmatischen Haltungen und Gewalt zu begegnen. Bezogen auf die verschiedenen Phänomenbereiche des Extremismus besteht die Rolle der politischen Bildung jedoch darin, die Prozesse und Hintergründe zu analysieren. Statt der Frage, wie Straftaten verhindert und Radikalisierungstendenzen neutralisiert werden können, steht bei der politischen Bildung das „Warum?“ an vorderster Stelle. Sie nimmt Ursachen in den Blick, stellt Zusammenhänge entlang zeitlicher, geografischer und vielfältiger thematischer Achsen her und steckt ergebnisoffen einen individuellen Zielrahmen ab, was bestenfalls am Ende die Stärkung der Demokratie in unserem Land zur Folge hat. Wir fragen also nicht zuerst nach einem gewünschten Verhalten, sondern nach den gegebenen Verhältnissen. Und das unter möglichst direkter Einbeziehung unserer Zielgruppen.

Politische Bildung darf zudem nicht von oben herab kommen. Allein aufgrund der zunehmenden Skepsis weiter Teile der Bevölkerung gegenüber staatlichen Institutionen tun wir gut daran, den Menschen auf Augenhöhe und mit offenem Ohr zu begegnen. So sind Kinder und Jugendliche als eine unserer Zielgruppen nicht nur schlicht Adressatinnen und Adressaten unserer Angebote, politische Bildung begreift sie vielmehr als Partnerinnen und Partner sowie Co-Produzentinnen bzw. Co-Produzenten von Inhalten und Praktiken. Nur sie selbst können Auskunft darüber geben, wie sie ihre Realität erleben und wie sie diese gestalten wollen. In diesem Zusammenhang spielen Allianzen mit „Brückenmenschen“ eine entscheidende Rolle.

## **Durch Influencer kann die politische Bildung neue Zielgruppe erreichen**

Für die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) als staatliche Behörde ist es zum Teil schwer von bestimmten Zielgruppen ernst genommen zu werden, bzw. bestimmte soziokulturelle Milieus überhaupt zu erreichen. Erst durch die „Brückenmenschen“ werden Räume für die Ansprache breiter gesellschaftlicher Felder geöffnet. Sie genießen bei den jeweiligen Zielgruppen ein gewisses Ansehen, sodass wir über sie politische Bildung transportieren können. Unsere Zusammenarbeit mit verschiedenen YouTuberinnen und YouTubern ist hierfür ein Beispiel. Durch sie ist nicht nur überhaupt erst ein Zugang zu Zielgruppen möglich, an die die politische Bildung ansonsten nicht herankommen würde. Sie schaffen die Identifikation der Zielgruppen mit ihnen als Person auf einer emotionalen Ebene und so auch einen direkteren Zugang zu den Inhalten. Diese Identifikation funktioniert besonders gut, da die YouTuberinnen und YouTuber sowie Creatorinnen und Creatoren als ein Teil der eigenen Lebenswirklichkeit der Zielgruppen gesehen werden und nicht als etwas, was von außerhalb/oben an sie herangetragen wird.

Zum Beispiel hat die bpb bei dem Thema „Auseinandersetzung mit Salafismus“ lange mit vielen Expertinnen und Experten überlegt, wie man das zielgruppengerecht angehen könnte. Schlussendlich haben wir unter anderem mit der YouTuberin und Influencerin Hatice Schmidt zusammengearbeitet, deren Kanal sich hauptsächlich mit den Themen „Beauty“ und „Lifestyle“ beschäftigt. Mit ihr haben wir das Format „travellingIslam“ entwickelt und die „Begriffswelten“ des Islams in kurzen animierten Videos präsentiert: Was ist die Umma? Was ist die Scharia? Das sind stark frequentierte Videos geworden, die nicht zuletzt aufgrund der türkischen Wurzeln der YouTuberin auch verstärkt junge Muslimas ansprechen. Die erzählen das wieder weiter, erzählen es ihren Freunden. Dann wird kontrovers diskutiert. Natürlich auch darüber, dass die Bundeszentrale für politische Bildung dahintersteckt. Aber die YouTuberin selbst steht hinter diesem Projekt.

Auch im Vorfeld des Jubiläums zu „30 Jahre Mauerfall“ hat die bpb ein Webvideo-Projekt gestartet, für das u.a. mit Diana zur Löwen und Eko Fresh YouTuberinnen und YouTuber sowie Künstlerinnen und Künstler gewonnen wurden, die unter Jugendlichen eine große Reichweite haben. Themen wie die Aufarbeitung der DDR oder

die Bedeutung der Wiedervereinigung werden jugendgerecht thematisiert und durch die Veröffentlichung auf den Kanälen der Künstlerinnen und Künstler finden die Videos weitere Verbreitung. Influencerinnen und Influencer dienen dabei als „Orientierungsgeber“, deren größte Währung die Glaubwürdigkeit ist. In ihrer Community sprechen sie eine große, politisch interessierte Zielgruppe an: Wenn Influencerinnen bzw. Influencer gegenüber ihren Followern nicht mehr authentisch erscheinen oder sie Werbung für Produkte machen, die nicht zu ihnen passen, ist die Glaubwürdigkeit schnell dahin. Dieses Pfund kann die politische Bildung nutzen, um Inhalte zu speisen und aktiv Jugendliche anzusprechen. Durch die Auseinandersetzung und Aneignung von Informationen bei mitunter schwierigen Themen können Jugendliche mit Hilfe von Influencerinnen und Influencern eine Form informellen Lernens bei politischen Fragestellungen betreiben. Nicht nur der Schulunterricht vermittelt ihnen Wissen, auch Online-Formate stützen autodidaktisches Lernen und die Aneignung von zeitgeschichtlichem wie gesellschaftlichem Wissen. Die Studie „Jugend / YouTube / Kulturelle Bildung. Horizont 2019“ belegt zudem, dass Schülerinnen und Schüler auf YouTube zurückgreifen, um sich selbständig tiefer in ein Thema einzuarbeiten. Die Zusammenarbeit mit Influencerinnen und Influencern in den sozialen Medien führt also zu Diskussionen und Auseinandersetzungen in Bereichen der Gesellschaft, die bisher nicht an politischer Bildung partizipiert haben. Das Konzept der aufsuchenden politischen Bildung ist zur alltäglichen Praxis unserer Arbeit geworden.

Das Potential, in die Lebenswelten der Menschen einwirken zu können, bringt aus Sicht der bpb auch Vermittlungsansätze der kulturellen Bildung mit sich. Das Mittel dabei sind emotional-künstlerisch-ästhetische Ansprachen – oder noch besser: Spielarten. Sie initiieren Kommunikationspraktiken, die rein kognitive Bildungsprozesse überschreiten. Kulturelle Bildnerinnen und Bildner betrachten Menschen ganzheitlich. Ihr Bildungsbegriff impliziert Kennenlernen, Erforschen, Nutzen, Gestalten. Es geht weniger um Systeme als um konkrete Menschen, Dinge, Artefakte, Geschichten und Orte. Die Bildungsansätze haben eine emotional-affektive, kognitiv-intellektuelle, körperlich-sinnliche sowie eine sozial-kulturelle Dimension. Und damit sind sie sehr nah an den Menschen und ihren jeweiligen individuellen Voraussetzungen und Einstellungen. Gerade

das Internet ist zu einem erweiterten Kulturraum geworden. Die digitale Welt bietet einen wichtigen Zugang zur Welt mit ihren ästhetisch-künstlerischen Ausdrucksformen und Angeboten und vor allem maximiert sie Gelegenheiten: zur kreativen Auseinandersetzung, zum Finden des eigenen Platzes in dieser Welt und zur aktiven Mitgestaltung dieser.

### **Jugendmedienschutz muss in digitalen Räumen weiter ausgebaut werden**

Die mediale und außermediale Welt sind längst verschmolzen, zwischen „online“ und „offline“ wird mit gutem Grund nur noch selten klar getrennt. Der virtuelle Raum ist für die meisten Kinder und Jugendlichen Teil des Alltags. Laut den „KIM- und JIM-Studien“, in denen der Medienumgang von Kindern und Jugendlichen in regelmäßigen Intervallen durch den Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest untersucht wird, besitzen in der Gruppe der 12- bis 13-Jährigen 61 Prozent ein internetfähiges Smartphone. Bei den 15- bis 17-Jährigen sind 90 Prozent per Smartphone praktisch permanent online. Zudem wachsen Kinder und Jugendliche mit einem immer breiter werdenden Medienangebot auf, wobei Video-Plattformen wie YouTube von besonderem Interesse in dieser Zielgruppe sind und sie weite Teile ihrer Freizeit mit diesem Medium verbringen.

Demokratiefeindliche Kräfte haben sich diese Befunde längst zunutze gemacht, sie okkupieren den öffentlichen Raum zunehmend und bedrohen damit die freie Entfaltung von jungen Menschen. In Räumen, in denen sich extremistisches Gedankengut breit macht, ist kein Platz, um Überzeugungen herauszubilden und Meinungen zu entwickeln – stattdessen finden sich in einer solchen Sphäre nur vorgefertigte Standpunkte, die auf Annahme ausgelegt sind.

Im Rahmen des internationalen Forschungsnetzwerks EU Kids Online hat das Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow Institut in Hamburg Kinder und Jugendliche im Alter von neun bis 17 Jahren nach ihren Online-Erfahrungen befragt. Ein großes Risiko stellen demzufolge nutzergenerierte Inhalte dar. Gut ein Viertel der Heranwachsenden hat online Diskussionen oder Inhalte gesehen, in denen Menschen zum Beispiel anderen Menschen wehtun oder mittels Hassnachrichten bestimmte Gruppen oder Menschen, u.a. unterschiedlicher Hautfarbe oder



Religion, angegriffen werden.

Der Kontakt von Kindern und Jugendlichen mit negativen Online-Erfahrungen stellt nur einen Aspekt dar, auch der fürchterliche Anschlag in Halle (Saale) wirft jugendmedienschutzrelevante Fragen auf, filmte der Attentäter doch – genau wie während des Anschlags in Christchurch (Neuseeland) im März 2019 – sein Vorhaben und streamte den Verlauf des Anschlags auf der Plattform Twitch. Dort sollen etwa 2200 Menschen das Video abgerufen haben, ehe Twitch es löschte. Jedoch wurde das Video heruntergeladen, auf anderen Kanälen verbreitet bzw. Screenshots erstellt, wodurch zahlreiche Jugendliche die furchtbaren Bilder verfolgen konnten. Wie in Christchurch nutzte der Attentäter moderne Technik und die Mechanismen der Öffentlichkeit aus, um seine Tat weltweit zu verbreiten und daraus Öffentlichkeit zu generieren. In den digitalen Welten hat sich eine Online-Subkultur gebildet mit Protagonistinnen und Protagonisten, die häufig männlich, jung und weiß sind, und die eine „Redefreiheit“ propagieren, welche im Internet gelten sollte. Diese Auslegung von Meinungsfreiheit, mit der sie ihr Handeln rechtfertigen, ist häufig Grundlage rassistischer, rechtsradikaler und antisemitischer Hetze. Die online entstandene und gegenüber anderen Meinungen verschlossene Subkultur beschleunigt durch ihre Vernetzung und den Austausch untereinander eine Radikalisierung. Nutzerinnen bzw. Nutzer entsprechender Foren glorifizierten den Täter in Halle schnell als einen von ihnen, was den Täter in seinem Handeln bestärkt und Nachahmungseffekte bedeuten kann. Dass dabei jugendmedienschutzrechtliche Fragen offen bleiben und Kinder mitunter brutale Inhalte konsumieren, ist eine Folge des globalen Austauschs und neuer Formen der Kommunikation. Hier muss der Jugendmedienschutz weiter ausgebaut werden, auch die entsprechenden Plattformen müssen in Verantwortung gezogen werden.

Dr. Carsten Reinemann und Dr. Claudia Riesmeyer führten 2018 mit Dr. Nayla Fawzi, Angela Nienierza und Katharina Neumann das von der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM) in Auftrag gegebene Projekt „Verdeckter Extremismus, offener Hass? Hinwendung, Wahrnehmung und Thematisierung extremistischer Botschaften in sozialen Online-Netzwerken durch Jugendliche“ durch. In ihrem Projekt haben sie vier Typen von Jugendlichen unterschieden, die zum einen nach ihrem Kontakt mit Extremismus

differenziert wurden, zum anderen nach dem Erkennen der Botschaften. Mit 49 Prozent stellen die „Unbedarften“ die größte Gruppe der Jugendlichen in Deutschland dar. Sie kennzeichnet, dass sie nahezu keinen bewussten Kontakt mit extremistischen Botschaften angeben bzw. ist ihnen der Kontakt mit solchen Botschaften scheinbar oftmals nicht bewusst. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sie laut den Ergebnissen des Projekts in ihrem sozialen Umfeld kaum mit Politik in Kontakt kommen würden und es ihnen an politischem Interesse mangeln würde. Aus diesem Grund verstehen die Autorinnen und Autoren unter Kompetenz im Umgang mit Extremismus nicht Medienkompetenz: „Wir fassen darunter auch politische Fähigkeiten. Dazu zählen das politische Wissen und Interesse. Wiederum sind diese Fähigkeiten relevant, um Botschaften dechiffrieren zu können. Um ein Beispiel zu nennen: Nur wenn ich weiß, dass sich eine Aussage gegen die freiheitliche Grundordnung der Bundesrepublik richtet (und ich eben die Grundwerte kenne), kann ich die Intention des/der Absenders/ Absenderin erkennen.“

Zu den Herausforderungen gehört es einerseits, die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen zu stärken, denn ohne digitale Medien kann man heute nicht mehr erwachsen werden. Teil des Reifungsprozesses von Kindern und Jugendlichen sollte es sein, ein Gespür dafür zu bekommen, wo Grenzen überschritten werden und welche Konsequenzen eine ausschließlich audiovisuelle Medienrezeption hat. Ihnen müssen Methoden zur Feststellung und Vermittlung der Validität von Medieninhalten zur Verfügung gestellt werden. Notwendig ist insbesondere das Erlernen von Fähigkeiten zur Medienkritik und zur Recherche als Rezeptionsprinzip. Die politische Bildung geht hierfür Partnerschaften mit Expertinnen und Experten sowie Praktikerinnen und Praktikern zivilgesellschaftlicher und auch privatwirtschaftlicher Initiativen ein, die ihre pädagogischen und didaktischen Kompetenzen im Zusammenspiel verschiedener Disziplinen anbieten.

Es braucht jedoch auch gut geschultes Personal in staatlichen Bildungseinrichtungen. Pädagoginnen und Pädagogen sollten in Zukunft keinen Hochschulabschluss ohne verpflichtende Leistungsnachweise in medienpädagogischen Fragen beziehungsweise der Anwendung medialer Rezeptionsformen bekommen. Elementar ist damit der Ausbau des Bildungsraums Schule verbunden.

Schule wird zunehmend vom Lern- zu einem Lebensort der Kinder und Jugendlichen. Bereits der 14. Kinder- und Jugendbericht sprach von „neuen Modalitäten des Aufwachsens“. Diesem Umstand trägt die bpb Rechnung, indem sie gezielt Formate für den schulischen Einsatz entwickelt.

Doch das allein reicht nicht – Schulen müssen in jedem Fall mit den entsprechenden Ressourcen und dahingehend ausgebildetem Personal ausgestattet werden. Warum verfügen die meisten Wirtschaftsunternehmen zum Beispiel über eine eigene IT-Abteilung, Schulen aber nicht? Warum wird erwartet, dass die Anforderungen, die die Digitalisierung an Schulen mit sich bringt, allein von den Lehrerinnen und Lehrern umgesetzt werden? Ohne eine entsprechende Infrastruktur kommt es lediglich zur Abwälzung von Verantwortlichkeiten und Aufgaben auf Schultern, die diese nicht allein tragen können.

### **Kindern und Jugendlichen Räume anbieten, in denen demokratische Teilhabe gelebt werden kann**

Zu den zentralen Herausforderungen gehört es andererseits ebenso, Kindern und Jugendlichen Räume anzubieten, in denen sie demokratische Teilhabe praktizieren können und sich selbst als aktive Gestalterinnen und Gestalter unserer Demokratie erfahren können. Denn ohne ein bewusstes eigenes Erleben verbleibt Politik als abstraktes Etwas, ohne Bezug zur eigenen Lebenswelt. Und unter diesen Voraussetzungen kann es nur schwerlich gelingen, das politische Interesse von Kindern und Jugendlichen zu wecken und damit einhergehend ein kritisches Bewusstsein aufzubauen bzw. zu stärken.

Politische Akteure bilden sich erst im Prozess des gemeinsamen Sprechens und Handelns – und dafür sind wir in einer Demokratie zwingend auf die Öffentlichkeit angewiesen. Nur dort lässt sich die Auseinandersetzung erleben, nur dort können die gemeinsamen Angelegenheiten geregelt und in für alle verbindliche Beschlüsse gefasst werden. Nur in einem für alle zugänglichen Erfahrungsraum kann jedes Individuum die Pluralität, die Gleichheit und die Verschiedenheit erproben und erfahren, wie es der Politikdidaktiker Tonio Oeferding formuliert hat.

Wenn junge Menschen mit ihren Anliegen Teil der öffentlichen Sphäre werden, ist das ein Beweis für eine lebendige und funktionierende Demokratie. Und dementsprechend sollten wir ihnen

sehr genau zuhören, ihnen auf Augenhöhe begegnen und sie in ihrem Engagement stärken. Dabei sollten wir ihnen nicht nur mehr Mitbestimmung im Klassenzimmer zugestehen, sondern angesichts der skizzierten Phänomene auch ernsthaft darüber diskutieren, das Wahlalter auf 16, oder warum nicht gleich auf 14 Jahre herunterzusetzen. Mehr Mitbestimmung – auch bei einer Bundstags- oder Landtagswahl – von Jugendlichen führt dazu, dass das demokratische System und die Akzeptanz von diesem nachhaltig gestärkt werden. Um Jugendliche in den Prozess zu integrieren, bedarf es einer Kompromissfähigkeit von politischer Seite – dann können die Interessen von Kindern und Jugendlichen noch stärker in den politischen Entscheidungsprozess einfließen.

Und ermutigen sollten wir all diejenigen, die sich bisher aus der öffentlichen Sphäre, dem politischen Geschehen herausgehalten haben. Es sollten Räume angeboten werden, in denen es möglich ist, Fragen, Unsicherheiten und Nicht-Wissen mitzubringen, aus denen sich schließlich im nächsten Schritt Überzeugungen und Meinungen entwickeln können. Denn, um es mit Greta Thunberg zu sagen: „Ich habe gelernt, dass man nie zu klein ist, um etwas zu erreichen.“



Thomas Krüger  
geboren am 20.06.1959, verheiratet, zwei Kinder  
Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung

**Thomas Krüger** ist seit Juli 2000 Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung. Schon seit 1995 ist er Präsident des Deutschen Kinderhilfswerkes. Außerdem ist er zweiter stellvertretender Vorsitzender der Kommission für Jugendmedienschutz und Mitglied des Kuratoriums für den Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten. Von 1991 bis 1994 war er Senator für Jugend und Familie in Berlin, anschließend von 1994 bis 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages.

## Literatur

- Tonio Oefftering: *Politische Bildung und öffentlicher Raum. Eine theoretische Bestimmung von Politik und politischer Bildung.*  
In: *Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung.* 01/2019, Berlin.
- Jürgen Habermas: *Drei normative Modelle der Demokratie: Zum Begriff deliberativer Demokratie.* In: Herfried Münkler (Hg.): *Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie.* 1992, München und Zürich.
- Andreas Reckwitz: *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne.* 2018, Bonn.
- John Dewey, Jürgen Oelkers (Hg.): *Demokratie und Erziehung,* Beltz Verlagsgruppe, 1993, Weinheim.
- Bundesverband Mobile Beratung e.V. (BMB) (Hg.): *Auf zu neuen Ufern. Warum Mobile Beratung und Politische Bildung mehr sein müssen als Extremismusprävention,* 2019.
- Rat für Kulturelle Bildung e.V. (Hg.): *Jugend / Youtube / Kulturelle Bildung. Horizont 2019.*
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (Hg.): *KIM-Studie 2018. Kindheit, Internet, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 6- bis 13-Jähriger.* 2018.
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (Hg.): *JIM-Studie 2018. Jugend, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger.* 2018.
- Opaschowski Institut für Zukunftsforschung (Hg.): *Repräsentative Umfrage mit 1000 Personen ab 14 Jahren.* 2019.